



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Sozialausschuss

Es informiert Sie:	Claudia Kaiser
Telefon:	02104/99-2188
Fax:	
E-Mail:	gf-soza@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 30.09.2024

Niederschrift

zur Sitzung des Sozialausschusses

Sitzungstermin Montag, den 16.09.2024, 16:30 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Raum 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Elke Thiele

Mitglieder

Eleonore Altvater
Ina Bisani
Annette Braun-Kohl
Heinrich Burghaus
Torsten Cleve
Martina Hannewald
Andreas Kanschat
Dirk Kapell
Ilona Kuchler
Roman Lang
Gerd Lungen
Jürgen Merrath
Laura Niehof
Sybille Schettgen
Annegret Schiffers
Peter Sölch
Elizabeth Yeboah

Verwaltung

Ammar Abukhater
Denise Hiby
Martin Klemmer
Marcus Kowalczyk

Heike Langl
Armin Römer
Christian Schölzel
Laura Wallberg

Gäste

Azemi
Ralph Baumgarten
Caroline Kleine-Benne
Steffen Letmathe
Lilo Löffler
Katrin Richter
Martin Sahler
Nathalie Schöndorf
Semra Yildiz-Can

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
 - 1.1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
 - 1.3. Feststellung der Anwesenheit
 - 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.5. Feststellung der Tagesordnung
 - 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 27.05.2024
3. Informationen der Verwaltung
4. Informationen aus dem Jobcenter ME-aktiv
5. Bericht zur öffentlichen Wohnraumförderung 20/009/2024
6. Sachstandsbericht zur Arbeit der Beratungsstelle gegen Alltagsrassismus für den Kreis Mettmann 50/015/2024
7. Sachstand zum Kommunalen Integrationsmanagement 50/014/2024
8. SGB V - Einsparung von Krankenhilfaufwendungen für den Kreis Mettmann 50/013/2024
9. Erstellung einer Konzeption zur Reduzierung von verdeckter Altersarmut 50/016/2024
10. Bürgergeld 50/012/2024
hier: Anfrage der AfD-Fraktion vom 11.06.2024

11. Nachträge

Nicht öffentlicher Teil

12. Informationen der Verwaltung

13. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Die Vorsitzende KA Thiele eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Im Anschluss stellt sie die ordnungsgemäße Ladung fest. Die Einladung wurde fristgerecht am 03.09.2024 versendet.

Die Vorsitzende stellt die Anwesenheit fest. In der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN ist KA Kanschätsch für KA Ernst anwesend, die ihr Mandat zum 31.07.2024 niedergelegt hat. Zudem lässt sich Frau Schröder für die Liga der Wohlfahrt entschuldigen. Sie hat zurzeit keine Vertretung. Herr Baumgarten wird dennoch als Gast für die Liga der Wohlfahrt an der Sitzung teilnehmen.

Im Anschluss stellt die Vorsitzende die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest.

Die Tagesordnung wird um einen weiteren Tagesordnungspunkt 1.7 - Bestellung einer vertretungsweisen Schriftführerin für diese Sitzung - erweitert.

Der Ausschuss erklärt sich auf Vorschlag der Verwaltung damit einverstanden, den Tagesordnungspunkt 10 Bürgergeld – hier: Anfrage der AfD-Fraktion vom 11.06.2024 (50/012/2024) gemeinsam mit dem Tagesordnungspunkt 4 Informationen aus dem Jobcenter zu behandeln.

Die Benennung einer Berichterstatterin bzw. eines Berichterstatters für den Kreistag ist nicht erforderlich.

Ferner bestellt der Ausschuss Frau Laura Wallberg einstimmig zur Schriftführerin für diese Sitzung.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 27.05.2024

Die Niederschrift der Sitzung vom 27.05.2024 wird einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung
--

Geplante Aktionen am 25.11.2024 (internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen)

Herr Klemmer teilt mit, dass im vergangenen Sozialausschuss am 27.05.2024 zugesichert wurde, nach Rücksprache mit dem Lenkungskreis des Runden Tisches gegen häusliche Gewalt im Kreis Mettmann eine entsprechende Rückmeldung über geplante bzw. für geeignet betrachtete Aktionen rund um den Aktionstag gegen Gewalt an Frauen und Mädchen zu geben.

Die für dieses Jahr im Kreis Mettmann durch die Gleichstellungsbeauftragten der Städte und des Kreises sowie der einzelnen Träger des Lenkungskreises geplanten gemeinsamen Aktionen im Rahmen der sogenannten Orange Days sind wieder sehr umfangreich. Neben diversen über das Kreisgebiet verteilten Informationsständen, Presseterminen, Fahnenaktionen

und oranger Beleuchtung von öffentlichen Gebäuden sind u.a. folgende Veranstaltungen zurzeit geplant:

- Im Innenhof der Kreisverwaltung findet am 25.11.2024 von 17:00 bis 18:30 Uhr eine gemeinsame Mahnwache der Gleichstellungsbeauftragten der kreisweiten Städte und des Kreises statt, um auf häusliche Gewalt und Femizide aufmerksam zu machen. Da der Sozialausschuss im 4.Quartal parallel hierzu im großen Sitzungssaal tagt, sind die Mitglieder des Sozialausschusses herzlich eingeladen, sich bereits vorab ab 16:00 Uhr bzw. im Anschluss an die Sitzung bei den aufgebauten Ständen über die Thematik zu informieren.
- kreisweite Brötchentüten-Aktionen der Gleichstellungsbeauftragten zur Verbreitung des Hilfefone
- diverse Ausstellungen („What were you wearing?“, „Catcalling“ sowie eine Ausstellung zu Sexismus in der Werbung)
- Frauenkino/ Filmvorführungen
- Selbstverteidigungskurs
- Lesung der Autorin Tara-Freia Hirschberger
- Themenbezogener Büchertisch in der Stadtbücherei Wülfrath
- Informationsveranstaltung des SKFM Mettmann im JC zur Thematik „sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz“

Sachstandsbericht Qualitätssicherungs- und Steuerungsgruppe (Quaste)

Herr Klemmer führt aus, dass das Gremium – zusammengesetzt aus der Kreistagspolitik, den Leitungen der Begegnungsstätten, Trägern, Vertretern der kreisweiten Städte aus Sozialdezernentenkonferenz und Sozialamtsleitertagung sowie dem Kreis Mettmann – auch weiterhin tagt. Die letzte Sitzung hat am 03.09.2024 stattgefunden. Eine Fokussierung lag in den letzten Wochen und Monaten auf dem Thema „Inhalt / Ausgestaltung für die Zukunft“. Hier haben insbesondere eine Sammlung innerhalb der Quaste, eine Austauschrunde mit allen Leitungen der Begegnungsstätten sowie Zielgruppenbefragungen stattgefunden.

Ferner führt er aus, dass in der Quaste Einigkeit darüber besteht, dass die Struktur der Begegnungsstätten die einzige flächendeckende Struktur mit dem Fokus Alter und Senioren ist. Diese gilt es - auch mit Blick auf die demografische Situation - zukunftsfähig auszugestalten. Wesentliche Eckpunkte einer neuen Richtlinie sind daher in den letzten Sitzungen besprochen worden. Eine Finalisierung wird für die nächste Sitzung der Quaste angestrebt, sodass eine Beschlussfassung im Sitzungslauf des 4. Quartals erfolgen kann.

Rückblick Festival „ME against racism“

Herr Klemmer berichtet über das Festival „ME against racism“, welches am 31.08.2024 stattgefunden hat. Herr Landrat Hendele sowie die Bürgermeisterin der Stadt Mettmann Frau Pieetschmann eröffneten das Festival. Dieses ist sehr erfolgreich verlaufen und stieß auf positive Resonanz.

Zu Punkt 4: Informationen aus dem Jobcenter ME-aktiv

Die Vorsitzende KA Thiele übergibt das Wort an Frau Schöndorf.

Diese führt aus, dass der Bericht des Jobcenters eine kontinuierliche Lage hergibt. Sie erläutert, dass es zu einem Anstieg der Bedarfsgemeinschaften auf 19.961 gekommen ist. Dies ist der höchste Anstieg seit vielen Jahren. Zum Jahresende wird von einem Gesamtvolumen von ca. 20.000 BG ausgegangen.

Außerdem ist es zu einem Anstieg der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen auf 27.707 gekommen.

Darüber hinaus führt Frau Schöndorf aus, dass eine Betreuung der geflüchteten Personen aus der Ukraine mit einem gesonderten Team, welches einen kleineren Betreuungsschlüssel aufweist, im Kreis Mettmann gut funktionieren würde. Der Arbeitsmarkt gestaltet sich entgegen der aktuellen konjunkturellen Lage als immer noch aufnahmefähig. Die Zahl der Geflüch-

teten aus der Ukraine bleibt konstant im Status Quo, allerdings ist im Gesamtsystem viel Bewegung erkennbar. Hintergrund ist eine stetige Zu- und Abwanderung der Personen.

Ferner teilt sie mit, dass nach Abschluss eines Sprachkurses das Jobcenter eine sehr nahe Betreuung der Personen ermöglicht. Weiterhin stellt jedoch der öffentliche Nahverkehr eine Herausforderung für viele Kundinnen und Kunden dar.

Abschließend führt Frau Schöndorf aus, dass der Haushalt 2024 gut verplant ist. Es werden voraussichtlich 97% der beantragten Mittel bis zum Jahresende verbraucht. Es ist abzuwarten, was die Bundesregierung dem Jobcenter für das kommende Jahr an Haushaltsmitteln zur Verfügung stellen wird. Wie auf Seite 7 des Berichts erläutert, weisen die aktuellen Schätzwerte der Eingliederungsmittelverordnung 2025 eine Reduzierung des Gesamtbudgets für das Jobcenter ME-aktiv von -6,8% auf.

SB Sölch bittet um Mitteilung, ob die Umsetzung der Eingliederungsmittelverordnung und Reduzierung des Gesamtbudgets zu einer Veränderung der vorläufigen Planung geführt hat bzw. wie diese vorgenommen wurde.

Frau Schöndorf führt aus, dass eine Planung des Jahres 2024 bereits in dem Vorjahr 2023 erfolgt ist. Eine Verteilung und Bestimmung der Förderleistungen erfolgt anhand des bestehenden Kundenpotenzials; dies gilt auch für unterjährig zusätzliche Mittel. Dies wird daraufhin mit dem Beirat und der Trägersammlung abgestimmt. Ziel aber ist, alle Förderleistungen anzubieten.

SB Sölch erkundigt sich zudem, ob die angemeldete Insolvenz des Bildungsträgers in der Stadt Wülfrath Auswirkungen auf die ursprüngliche Planung des Jobcenters hat und die dadurch entstandene Lücke gefüllt werden kann.

Frau Schöndorf teilt mit, dass den betroffenen Kundinnen und Kunden Alternativen angeboten wurden und mit weiteren neuen Angeboten zu rechnen ist.

KA Kuchler fragt nach den möglichen personellen Auswirkungen aufgrund der auf Seite 7 des Berichts erwähnten Änderungen zum Neugeschäft FbW/Reha.

Frau Schöndorf erklärt, dass sich die hier angesprochene Aufgabe lediglich verändern wird. Ein Verlust oder Gewinn an Personal bleibt deshalb aus. Das Jobcenter steht in Rücksprache mit der Bundesagentur für Arbeit, um den Kundinnen und Kunden den Veränderungsprozess so einfach wie möglich zu gestalten.

KA Hannewald weist darauf hin, dass die Anzahl der arbeitslosen Menschen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit im Vergleich zu den Personen mit einer deutschen Staatsangehörigkeit vergleichsweise hoch ausfällt.

Frau Schöndorf erläutert, dass die im Bericht angegebene Zahl nicht im Verhältnis zu der Gesamtbevölkerung steht. Sie weist außerdem darauf hin, dass 2/3 der geflüchteten Personen auf einer Fachkräftenebene beschäftigt sind. Besonders bei den geflüchteten Personen aus der Ukraine handelt es sich meistens um sehr junges und gut ausgebildetes Personal. Somit ist eine schnelle Integration und Beschäftigung im Fachkräfteniveau möglich. Hinsichtlich der Möglichkeit zur Abbildung von Vergleichszahlen zur Gesamtbevölkerung im Kreis Mettmann erfolgt eine Prüfung durch das Jobcenter und ggf. eine Ergänzung zur Niederschrift.

Ergänzung: Der Anteil der arbeitslosen ausländischen SGB II-Kundinnen und Kunden an allen Arbeitslosen im Kreis Mettmann beträgt, wie bereits im Bericht der Geschäftsführung erwähnt, 48,1%. In NRW liegt der Anteil der arbeitslosen Ausländer im SGB II bei 46,7%. Der bundesweite Anteil der arbeitslosen Ausländer im SGB II liegt bei 45,0%.

Der Ausländeranteil insgesamt an der Gesamtbevölkerung liegt im Kreis Mettmann bei 14,5% (Bevölkerungsstand Kreis Mettmann Stand 31.12.2022; [statistikportal.de](https://www.statistikportal.de) & [it.nrw](https://www.it.nrw): 489.794, davon nichtdeutsch 71.506), davon sind 8,6% Ausländer arbeitslos im SGB II. Gemessen an der Gesamtbevölkerung im Kreis Mettmann liegt der Anteil der ausländischen Arbeitslosen im SGB II bei 1,25%.

KA Cleve bittet um Mitteilung, ob bei den geförderten Beschäftigungsaufnahmen von Langzeitarbeitslosen mit vergleichbaren Zahlen wie in den Vorjahren zu rechnen ist.

Hierzu teilt Frau Schöndorf mit, dass die Fördermöglichkeit nach § 16 i SGB II ein sehr kostenaufwendiges Instrument ist und deshalb auch für das Jahr 2024 zu Beginn an weniger Förderaufnahmen geplant wurden. Hieraus resultiert auch die im Vergleich zu den Vorjahren geringere Förderanzahl.

KA Kanschat erkundigt sich nach dem Grund der überproportional hohen Bedarfsgemeinschaftszahl in der Stadt Langenfeld.

Frau Schöndorf erklärt, dass sich durch einen Zuzug von Geflüchteten die Bedarfsgemeinschaftszahl in den Städten stets verändern kann.

Wie zu Beginn der Sitzung vereinbart, verweist die Vorsitzende KA Thiele im Anschluss auf die Anfrage der AfD-Fraktion zur Thematik Bürgergeld (TOP 10 Bürgergeld (Vorlage Nr. 50/012/2024) hier: Anfrage der AfD-Fraktion vom 11.06.2024) und die entsprechende Antwort des Jobcenters.

KA Burghaus teilt mit, dass die Fraktion alle erfragten Antworten vom Jobcenter erhalten hat. Weitere Rückfragen hierzu bestehen nicht.

Zu Punkt 5:	Bericht zur öffentlichen Wohnraumförderung - Vorlage Nr. 20/009/2024
--------------------	---

Die Vorsitzende KA Thiele übergibt das Wort an Herrn Schölzel, der kurz die Vorlage erläutert.

Im Anschluss erkundigt sich KA Kanschat, ob es bei der Wohnraumförderung in Wülfrath festgelegte Förderhöchstbeträge gab. Herr Schölzel erläutert, dass in Wülfrath acht Wohnungen ertüchtigt werden konnten, die dem Wohnungsmarkt nicht mehr zur Verfügung standen. Dabei gab es fixierte Förderhöhen (nachrichtlich: 60% der anerkannten Kosten).

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 6:	Sachstandsbericht zur Arbeit der Beratungsstelle gegen Alltagsrassismus für den Kreis Mettmann - Vorlage Nr. 50/015/2024
--------------------	---

Die Vorsitzende KA Thiele übergibt das Wort an Herrn Klemmer, der kurz die Vorlage erläutert.

Er führt aus, dass die Beratungsstelle bereits im Rahmen der Haushaltsberatungen 2024 besprochen wurde. Die Grundlage der Beratungsstelle geht auf das Handlungskonzept gegen Rassismus und Rechtsextremismus aus dem Jahr 2018 zurück; hier wurde als eine entscheidende Maßnahme eine Beratungsstelle mit Beratungs- und Präventionsansätzen vorgesehen. Die Umsetzung der Beratungsstelle ist 2020 durch die Kreisverwaltung realisiert und finanziert und 2021 durch die Träger umgesetzt worden. Die Schwerpunkte Beratung und Prävention haben sich im Folgenden entwickelt und wurden auch immer weiter ausgestaltet bzw. hinsichtlich der Gewichtung und den Bedarfen angepasst. Der Kernansatz ist, dass gewonnene Erkenntnisse aus den Beratungen die Basis für Schwerpunkte in der Präventionsarbeit bilden. Im Jahr 2023 wurde beschlossen, eine Zwischenevaluation durchzuführen, die in der heutigen Sitzung des Sozialausschusses durch die Beratungsstelle vorgestellt wird. Für das Jahr 2025 ist eine Entscheidungsvorlage vorgesehen, um über die Weiterführung der Beratungsstelle zu entscheiden.

Im Anschluss stellen Frau Yildiz-Can (Der Paritätische) und Herr Letmathe (AWO) die Arbeit der Beratungsstelle anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Diese ist als Anlage beigefügt.

KA Kuchler erkundigt sich nach der von der Beratungsstelle durchgeführten Fallrekonstruktion im Rahmen einer Schule. Rassismus betrifft nicht nur die betroffenen Personen selbst, sondern hat Auswirkungen auf die gesamte Klasse oder Schule. Viele Schulen im Kreis Mettmann besitzen jedoch keine entsprechende Konzeption gegen Alltagsrassismus unter Schülerinnen und Schülern. KA Kuchler fragt in diesem Zusammenhang, welche Ableitungen aus dem Beratungsfall erfolgen und ob der Beratungsstelle bekannt ist, welche Schulen im Kreis Mettmann ein solches Konzept besitzen und ob ein Kontakt zu den Jugendräten besteht. Herr Letmathe antwortet, dass es keine systematische Evaluation zu den Konzepten der Schulen im Kreis Mettmann gibt. Es ist aber der Beratungsstelle bekannt, dass sich die Aufstellungen der Schulen zu diesem Thema sehr unterscheiden. Das Berufskolleg Neandertal beispielsweise zählt zu den Schulen, die sich intensiv mit dem Thema auseinandersetzen und jedes Jahr einige Projekte gegen Alltagsrassismus an Schulen anbieten.

Frau Yildiz-Can ergänzt, dass in den vergangenen Jahren viele Schulen auf die Beratungsstelle zugekommen sind, da es oft zu einem Schneeballeffekt unter den Schulen selbst kommt.

Herr Letmathe erläutert außerdem, dass die Beratungsstelle in einem regelmäßigen Austausch mit den Jugendräten und Jugendparlamenten steht.

KA Kapell weist auf die Aussage der Beratungsstelle hin, dass die politischen Rahmenbedingungen nicht so ausfallen, wie erwünscht. Er erkundigt sich, ob eine Unterstützung in diesem Bereich benötigt wird.

Herr Letmathe erklärt, dass bereits ein Austausch mit einzelnen Politikern auf Landesebene stattgefunden hat, die Beratungsstelle sich aber immer über weitere Vorschläge und Unterstützung freut.

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 7: Sachstand zum Kommunalen Integrationsmanagement - Vorlage Nr. 50/014/2024
--

Die Vorsitzende KA Thiele übergibt das Wort an Herrn Kowalczyk. Dieser erläutert die Vorlage und weist auf den ausführlichen Bericht hin. Dieser fasst die wertvolle Arbeit des Kommunalen Integrationsmanagements zusammen und erlaubt anhand der erreichten Erfolge durchaus den Rückschluss, dass der gemeinsame Nutzen für alle am Integrationsprozess teilnehmenden Personen und Institutionen künftig gesteigert werden kann. Herr Kowalczyk fügt hinzu, dass dies insbesondere auf die Schnittstellen und die erforderliche Transparenz zwischen den Städten und Akteuren im Integrationsbereich zurückzuführen ist. Aus Sicht des Kreises und des Landes stellt das Kommunale Integrationsmanagement ein Erfolgsmodell dar.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 8: SGB V - Einsparung von Krankenhilfearaufwendungen für den Kreis Mettmann - Vorlage Nr. 50/013/2024

Die Vorsitzende KA Thiele übergibt das Wort an Herrn Abukhater. Dieser erläutert die Vorlage und die daraus hervorgehende Notwendigkeit der Arbeit der Fachaufsicht mit dem Schwerpunkt SGB V. Er teilt mit, dass in einem regelmäßigen Abstand von zwei Jahren ein Bericht im Sozialausschuss zum Thema „Gewährung der notwendigen Hilfe zur Gesundheit“ erfolgt. Die Aufgabe unterteilt sich grundsätzlich in die Bereiche „Präventive Arbeit“ und „Abbau von Bestandsfällen“. Herr Abukhater informiert, dass die Bestandsfälle gem. § 264 Abs. 2 SGB V von über 500 auf 315 Fällen zum Stand 01.06.2022 verringert werden konnten. Ein Anstieg auf 891 Bestandsfälle konnte durch die gesetzliche Änderung des § 264 SGB V nicht vermieden werden. Allerdings war ein Abbau von 200 Fällen bis zum 01.08.2024 möglich, sodass es im Kreis Mettmann zu einer Gesamtzahl an 691 Betreuungsfällen kommt.

Ferner erläutert Herr Abukhater, dass mithilfe der präventiven Arbeit viele Personen vor einer Anmeldung als Betreuungsfall im System einem Krankenversicherungsverhältnis zugeführt werden konnten. Die Beiträge zur freiwilligen Krankenversicherung haben sich in den letzten Jahren rasant entwickelt. So ist ein stetiger Anstieg der Ausgaben für Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung in Höhe von über 45% zu verzeichnen. Es handelt sich bei den Beiträgen um pauschalisierte Beiträge, die sich am Regelsatz orientieren. Herr Abukhater merkt an, dass die steigenden Beiträge der Kranken- und Pflegeversicherung jedoch außer Verhältnis zu den hohen Kranken- und Pflegekosten stehen, die der Kreis Mettmann selbst tragen müsste, wenn eine Mitgliedschaft in der Kranken- und Pflegeversicherung nicht herbeigeführt werden kann. So konnte die konzeptionelle Arbeit der Fachaufsicht mit dem Schwerpunkt SGB V enorme Kosten vermeiden und vielen Betroffenen helfen. Die Thematik gewinnt immer mehr an Bedeutung, weshalb eine Vernetzung mit den örtlichen Städten unabdingbar ist. Die Zusammenarbeit wird insbesondere durch unterschiedliche Workshops und Fortbildungsangebote gestärkt.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 9:	Erstellung einer Konzeption zur Reduzierung von verdeckter Altersarmut - Vorlage Nr. 50/016/2024
--------------------	---

Die Vorsitzende KA Thiele übergibt das Wort an Herrn Klemmer, der die Vorlage erläutert. Zusammen mit Herrn Abukhater und Frau Hecker erstellt er aktuell eine Konzeption in Form von drei Handlungsaspekten zur Reduzierung von verdeckter Altersarmut. Er betont, dass es sich dabei um ein sehr schambehaftetes Thema handelt und es deshalb umso wichtiger ist, diese Thematik in den Sozialämtern zu besetzen und in einem ordnungsgemäßen Umgang zu behandeln. Ein entsprechendes Schulungsprogramm der zuständigen Mitarbeitenden könnte dabei erforderlich sein. Ziel der Konzeption ist, ein Beratungsangebot so niederschwellig wie möglich zu entwickeln, um den Betroffenen die Hand reichen zu können. Es besteht ein enger Austausch mit einem Pilotkreis (Region Hannover) und auch ein guter Arbeitskontakt mit dem MAGS NRW konnte geknüpft werden. Die Konzeption wird in den kommenden Wochen weiterentwickelt und ausgestaltet, u.a. auch hinsichtlich der gemeinsamen Erarbeitung mit einem Berufskolleg im Kreis Mettmann. Herr Klemmer weist darauf hin, dass diese Erstellung neben den alltäglichen Aufgaben laufen wird und aktuell keine zusätzlichen finanziellen Ressourcen benötigt werden. Darüber hinaus macht Herr Klemmer deutlich, dass neben der Intensivierung der Informations- und Beratungstätigkeit des Sozialhilfeträgers auch eine Anbindung von bisher unbekanntem Leistungsberechtigten für zukünftige Unterstützungs- und Pflegebedarfe als großer Gewinn gesehen wird.

Herr Kowalczyk ergänzt, dass die finanziellen Ressourcen natürlich stets im Blick gehalten werden. Es handelt sich dabei aber um einen Anspruch der betroffenen Personen, auf den der Träger aufmerksam machen muss.

KA Kanschat spricht ein großes Lob aus und betont, wie wichtig diese Thematik ist. Die Antragstellung gestaltet sich für die betroffenen Personen oft als sehr langwierig und kompliziert. Es ist erforderlich, diesen Prozess zu vereinfachen.

KA Küchler schließt sich den Worten von KA Kanschat an. Sie fügt hinzu, dass es außerdem entscheidend ist, die KA Städte in die Erstellung einer Konzeption mit einzubeziehen, da sich die Antragstellung je nach Stadt sehr unterscheiden kann. Sie erkundigt sich neben dem erwähnten Best-Practice-Beispiel aus Hannover nach weiteren Beispielen.

Herr Klemmer erklärt, dass angestrebtes Ziel ist, die Thematik in den gesellschaftlichen Diskurs zu tragen und breit zu besetzen (u.a. in öffentlichen Medien, durch Wurfendungen, Plakataktionen, etc.); alle weiteren Vorschläge werden aufgegriffen und auf Umsetzung geprüft.

KA Kanschat erkundigt sich, ob es zur Vereinfachung der Prozesse möglich wäre, den Behörden untereinander einen Einblick in die Rentenbescheide zu ermöglichen.

Herr Klemmer antwortet, dass dies leider nicht umsetzbar ist, da die Kommunikation unter den Behörden nur eingeschränkt möglich ist. Darüber hinaus besteht Einigkeit in der Runde, dass bürokratische Hürden für die Kundinnen und Kunden genauso unerfreulich sind, wie für die Kolleginnen und Kollegen der Sachbearbeitung.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 10:	Bürgergeld hier: Anfrage der AfD-Fraktion vom 11.06.2024 - Vorlage Nr. 50/012/2024
---------------------	---

Dieser Tagesordnungspunkt wurde, wie zu Beginn der Sitzung vereinbart, bereits nach dem Tagesordnungspunkt 4 Informationen aus dem Jobcenter ME-aktiv beraten.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 11:	Nachträge
---------------------	------------------

Es liegen keine öffentlichen Nachträge vor.

Vor Eintritt in die Beratungen des nicht-öffentlichen Teils stellt die Vorsitzende KA Thiele die Nicht-Öffentlichkeit her.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 17:57 Uhr

gez.
Elke Thiele

gez.
Laura Wallberg